

Wie hat es die junge Generation mit der Politik?

Die junge Generation will mitreden, ihre Stimme einbringen und ihre Ansichten äussern. Zwei von drei im Herbst 2015 erstmals Stimmrechtige beabsichtigen, an den Wahlen teilzunehmen. Ihre politischen Überzeugungen unterscheiden sich dabei nicht grundsätzlich von denen der älteren Generationen. Dies ergab die landesweite Befragung 17-jähriger Jugendlicher, die im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Kinder und Jugendfragen (EKKJ) durchgeführt wurde.



Michelle Beyeler
Berner Fachhochschule



Sarah Bütikofer
Universität Zürich



Isabelle Stadelmann-Steffen
Universität Bern

Ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen vom Herbst 2015 untersuchten die Universität Bern und das Befragungsinstitut MIS Trend im Auftrag der EKKJ die politische Einstellung der neuen Generation im Stimmrechtsalter. Die repräsentative Befragung Jugendlicher mit Jahrgang 1997 aus allen Landesteilen («Jugendbefragung EKKJ 2015») umfasst ein breites Themenspektrum. Im Zentrum stehen ihre Einschätzung der eigenen Ausbildungschancen, ihre Position zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen – wie beispielsweise Migration, Chancen-

gleichheit und Diskriminierung, Familienmodelle und Beziehungen zu Europa – sowie ihr allgemeines politisches und gesellschaftliches Engagement. Des Weiteren werden die Schwerpunktthemen der EKKJ berücksichtigt, so der Umgang mit Geld und sozialen Medien oder die Idee eines obligatorischen Dienstes an der Allgemeinheit im Sinne eines Service citoyen¹ anstelle der geltenden Wehrpflicht für Männer.

Die Resultate der Befragung lassen nicht auf die eine neue Generation von Wählerinnen und Wählern schliessen, die sich stark von den vorangehenden abhebt. In vielem sind sich Junge wie Ältere einig. Allerdings denken auch die Jugendlichen in der Schweiz genauso vielfältig und individuell wie die älteren

Generationen. Manche Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen Jugendlicher ziehen sich auffallend konstant durch die Antworten: Immer wieder treten Differenzen in den Einstellungen und Werthaltungen zwischen den Geschlechtern, den Sprachregionen oder den Staatsangehörigkeiten auf.

Die Jugendlichen in der italienischsprachigen Schweiz schätzen beispielsweise ihre Ausbildungschancen schlechter ein als ihre Altersgenossinnen und -genossen aus den andern Landesteilen und blicken dementsprechend eher etwas pessimistischer in die Zukunft. Auch sehen die Jugendlichen aus dem Tessin die Arbeitslosigkeit besonders stark als Problem an und sie sind ausgeprägt der Ansicht, Zuwanderer wür-

¹ www.ekkj.admin.ch → Dokumentation → Berichte der EKKJ → 2011 → Ein Dienst für das Gemeinwohl (PDF)

den den Schweizerinnen und Schweizern Jobs wegnehmen und sollten deshalb nicht dieselben Chancen haben wie diese.

Geschlechterunterschiede ziehen sich wie ein roter Faden durch die Analyse: am offensichtlichsten bei der Frage nach dem präferierten Familienmodell. So zeichnet sich ein potenziell zunehmender Konflikt zwischen immer besser gebildeten jungen Frauen und deren Forderung nach egalitären Familienmodellen einerseits und den jungen Männern andererseits ab, deren Einstellungen zur geschlechterspezifischen Arbeitsteilung sich noch kaum verändert haben.

Gewichtige Unterschiede zeigen sich auch zwischen den Jugendlichen, welche die Schweizer oder eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen, sowie denjenigen ohne Schweizer Pass. Letztere schätzen ihre Ausbildungschancen etwas schlechter ein als die anderen Jugendlichen und möchten eher eine Schweiz, die allen die gleichen Chancen einräumt. Zudem vertreten sie in gesellschaftspolitischen Fragen – z.B. bezüglich der Legalisierung von Cannabis – tendenziell weniger liberale Positionen.

Im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen 2015 lag der Fokus im Themenbereich Politik auf der Frage, inwiefern sich die 17-Jährigen als Generation der Erstwählerinnen und Erstwähler von älteren Bürgerinnen und Bürgern politisch unterscheiden. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf diesen Schwerpunkt der Befragung und fasst die empirischen Resultate zum politischen Interesse, zu der beabsichtigten Wahlteilnahme im Herbst 2015, der Haltung zum Stimmrechtsalter 16 sowie den politischen Positionen der Jugendlichen im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung zusammen.

Die Datenbasis: Durchführung der Befragung und Rücklauf

In der Jugendbefragung EKKJ 2015 wurden diejenigen Themen stärker gewichtet, die in anderen Jugendstudien nicht vertieft abgedeckt sind. Um Vergleiche mit gleichgerichteten früheren Untersuchungen zu erlauben und die Haltung der Jugendlichen von der Position der Gesamtbevölkerung abgrenzen zu können, wurde auf bewährte und bestehende Formulierungen aus nationalen und internationalen Befragungen zurückgegriffen. Denn nur mittels eines Vergleichs über die Zeit oder mit anderen Altersgruppen kann das Besondere der Jugendlichen mit Jahrgang 1997 herausgearbeitet werden.

Die Onlinebefragung erfolgte im November und Dezember 2014. Schweizweit wurden fast 3000 Jugendliche mit Jahrgang 1997 schriftlich zur Teilnahme eingeladen, 1990 Personen folgten ihr. Das entspricht einem Anteil von 66,4 Prozent, was eine äusserst hohe Rücklaufquote ist.

Um auch in den lateinischen Sprachregionen genügend hohe Fallzahlen für eine fundierte Analyse zu erzielen, wurden diese in der Studie überproportional angeschrieben und die Daten anschliessend entsprechend gewichtet. Etwas stärker gewichtet wurden auch die Antworten der ausländischen Befragten, deren Teilnahme mit 13 Prozent unter ihrem effektiven Anteil an der entsprechenden Altersgruppe von 19 Prozent lag. In der gewichteten Datenbasis ist die Verteilung auf die Geschlechter ausgeglichen. Auch der schulische Hintergrund der befragten Jugendlichen entspricht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Stichprobe kann somit als sehr repräsentativ betrachtet werden. Die Ergebnisse lassen sich folglich auf alle Jugendlichen in der Schweiz mit Jahrgang 1997 übertragen.

Die Vergleiche der Befragungsdaten mit der Gesamtbevölkerung basieren auf der MOSAiCH-Umfrage aus dem Jahr 2013, welche ähnliche Themen anspricht und sich deshalb als Vergleichsbasis eignet.²

Interesse und Teilnahme an der Politik

Politik ist in der Regel kein Gebiet, welches junge Leute besonders interessiert oder beschäftigt.³ Die Resultate der Jugendbefragung der EKKJ bestätigen dies. Doch so besorgniserregend wie bisweilen beklagt, steht es um die künftige Generation der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht. Die Jugendlichen vertrauen beispielsweise den Institutionen der Schweiz auf gleich hohem Niveau wie die Gesamtbevölkerung. So haben sieben von zehn Befragten sehr viel oder viel Vertrauen in den Bundesrat, genauso gut schneidet die Polizei ab.

Und auch wenn nur ein sehr kleiner Teil der 17-Jährigen in einer Partei oder gar in einem Amt politisch aktiv ist,⁴ interessiert sich mit immerhin 49,5 Prozent die Hälfte sehr oder ziemlich für Politik. In der Gesamtbevölkerung liegt der Anteil politischer Interessierter bei 58,7 Prozent und damit nur knapp zehn Prozentpunkte höher. Die Differenz zwischen der Gesamtbevölkerung und den Jugend-

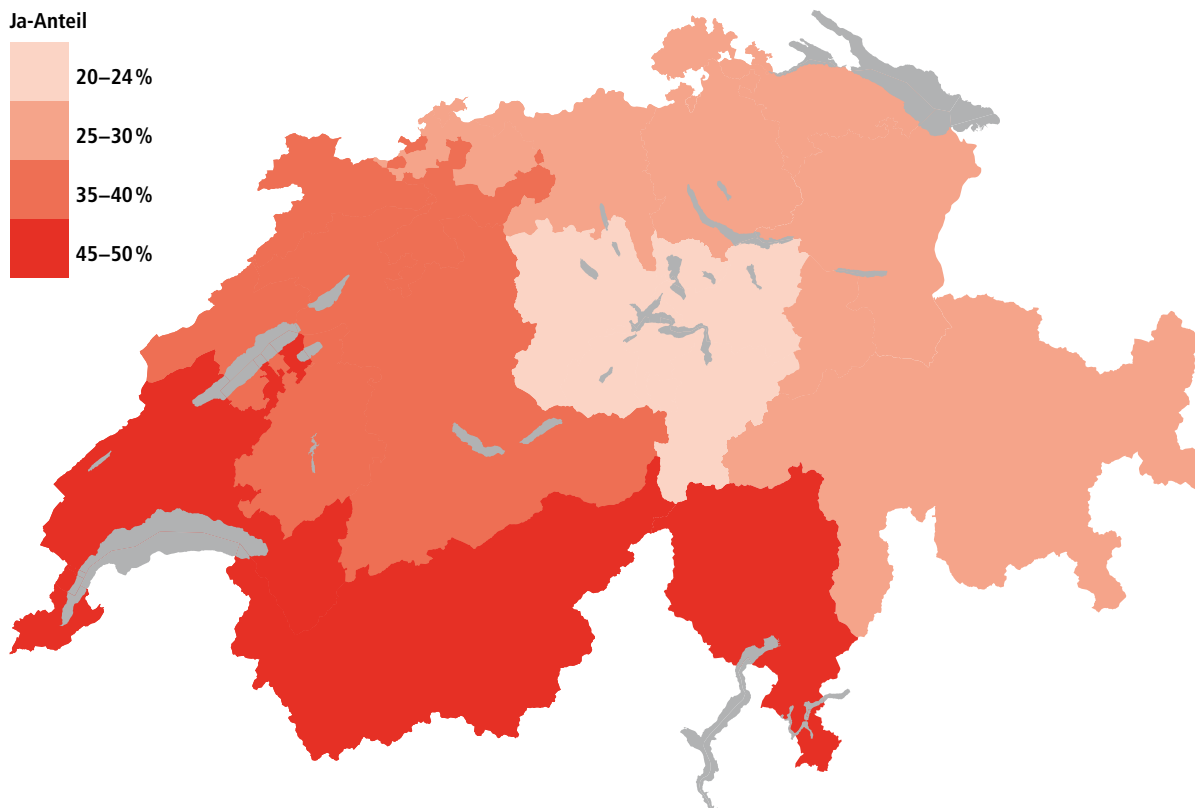
² www.forscenter.ch → MOSAiCH-ISSP

³ Klöti, Ulrich und Franz Xaver Risi, *Politische Bildung Jugendlicher. Ergebnisse Rekrutenbefragung 1988*, Aarau und Frankfurt a.M. 1991

⁴ Ladner, Andreas, «Die Abhängigkeit der Gemeinden von der Milizpolitik», in *Bürgerstaat und Staatsbürger. Milizpolitik zwischen Mythos und Moderne*, hg. von Avenir Suisse, Zürich 2015 sowie Rothenbühler, Martina et al., *CH@YOU PART. Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz*, hg. vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung und dem Schweizer Zentrum für Sozialwissenschaften, Bern 2012

Wahlteilnahme ist Bürgerpflicht

G1



Quelle: Jugendbefragung EKKJ 2015 (N = 1 885; Illustration Thomas Willi, IPZ/politan.ch)

lichen hat sich im Vergleich zu früher verringert. Für den relativ hohen Stellenwert der Politik unter den 17-Jährigen spricht auch, dass ein grosser Teil der Befragten politische Diskussionen in der Schule befürwortet. Allerdings zeigt sich in dieser Frage ein signifikanter Unterschied zwischen den Geschlechtern: Die jungen Männer sind stärker an Politik interessiert als die jungen Frauen und empfinden Politik auch seltener als kompliziert.

Wahlteilnahme: eine Bürgerpflicht?

Im Zuge der Polarisierung des Schweizer Parteiensystems hat die Beteiligung an nationalen Wahlen in den letzten Jahren leicht zugenommen. Dies darf aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Wahlteilnahme über die lange Frist deutlich zurückgegangen ist. Die eigene Stimme abzugeben, war für frühere Generationen eine Bürgerpflicht. Heute ist dies nicht mehr zwingend der Fall. Vielmehr ist es in vielen Kreisen akzeptiert, Nichtwähler zu sein, wobei gerade die jüngeren Generationen in diesem Bewusstsein aufgewachsen sind.⁵

Das zeigt sich auch in der Jugendbefragung EKKJ 2015. Für knapp

zwei Drittel der Befragten ist die Wahlteilnahme keine Bürgerpflicht, sondern eine freiwillige Entscheidung. Diesbezüglich scheinen sich die Jugendlichen nicht wesentlich von der Gesamtbevölkerung zu unterscheiden. Daraufhin deutet auch der Befund eines internationalen Projekts, das die entsprechende Einstellung in den Kantonen Luzern und Zürich untersucht hat.⁶ Wählen ist für die Stimmberechtigten eine Option und keine Pflicht, dies im Widerspruch zur hohen Bedeutung, welche der Bürgerbeteiligung im schweizerischen politischen System zukommt. Als Erklärung dafür mag die Tatsache gelten, dass Schweizer Bürgerinnen und Bürger sehr oft an die Urne gebeten werden. In diesem Kontext scheint der einzelnen Wahl oder Abstimmung

5 Blais, André und Daniel Rubenson, «The Source of Turnout Decline: New Values or New Contexts?», in *Comparative Political Studies* 46, Nr. 1, 2013, S. 95–117

6 Blais, André, «Making Electoral Democracy Work», in *Electoral Studies* 29, 2010, S. 169–170 (Datensatz Making Electoral Democracy Work)

bzw. der Beteiligung daran möglicherweise eine geringere Bedeutung zukommen.

Analysiert man die Antworten der Jugendlichen nach Sprachregionen, zeigen sich Unterschiede. Die Jugendlichen aus der lateinischen Schweiz betrachten den Akt des Wählens deutlich stärker als Bürgerpflicht als die Jugendlichen aus der Deutschschweiz (vgl. Grafik G1). So sind in der Zentralschweiz nur 23 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die Wahlteilnahme eine Bürgerpflicht sei. Im Tessin und in der Westschweiz hingegen vertreten mit über 45 Prozent doppelt so viele diese Meinung. Diese Unterschiede sind im Zusammenhang mit unterschiedlichen Konzeptionen des Staates zu sehen: In der

Deutschschweiz nimmt die direkte Demokratie eine prominentere Rolle ein als in der Westschweiz und im Tessin. Auch die Idee der eigenverantwortlichen Bürgerinnen und Bürger, die selbst entscheiden wollen, ist stärker verankert. Die lateinische Schweiz legt demgegenüber mehr Wert auf Repräsentation durch Wahlen und die direkte Partizipation genießt weniger Rückhalt.⁷

Obwohl die befragten jungen Menschen die Wahlteilnahme grösstenteils nicht als Bürgerpflicht betrachten, hat dennoch eine deutliche Mehrheit vor, im Herbst 2015 an den Wahlen teilzunehmen. Konkret beabsichtigen 64 Prozent der Erstwählerinnen und Erstwähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, 29 Prozent sind noch un-

entschieden. Nur fünf Prozent sind sich sicher, dass sie nicht teilnehmen werden. Diejenigen Jugendlichen, die sicher wählen wollen, unterscheiden sich deutlich sowohl von den Jugendlichen, die voraussichtlich nicht teilnehmen, als auch von den Jugendlichen, die sich noch unsicher sind. Sie sind im Durchschnitt zuversichtlicher, was ihre Zukunft angeht und befinden sich in einer höheren Ausbildung bzw. verfügen über einen höheren Bildungsstand. Die noch Unentschiedenen weisen ähnliche Merkmale auf wie diejenigen, die nicht teilnehmen wollen. Es handelt sich dabei überdurchschnittlich oft um Jugendliche, die einen niedrigen Bildungsstand haben, die weniger zuversichtlich in die Zukunft blicken und die eher einen nichtschweizerischen Freundeskreis haben.

Nationale Konferenz der EKKJ am 10. November 2015 in Bern

Ich und meine Schweiz

Die 17-Jährigen haben ihre Meinung gesagt, und jetzt?

Im Rahmen einer neuen Meinungsumfrage hat die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) Jugendlichen, die vor der Volljährigkeit stehen, den Puls gefühlt – unabhängig davon, ob sie stimmberechtigt sein werden oder nicht.

Wie sehen 17-Jährige ihre eigene Zukunft und wie jene der Schweiz? Welche Bedeutung messen sie der Ausbildung, der Arbeit und ihrem Privatleben bei? Welches Familienmodell möchten sie leben? Wie stehen sie zur EU und zum Thema Einwanderung? Interessieren sie sich für Politik?

Ein **Forschungsbericht** liefert eine detaillierte Analyse der Ergebnisse. Die wichtigsten Resultate sind in einer kurzen **Broschüre** zusammengefasst (beide Publikationen sind verfügbar unter www.ekkj.ch → Dokumentation).

Die 17-Jährigen haben sehr zahlreich an der Umfrage teilgenommen und ihre Meinung kundgetan. Wie geht es nun weiter?

Die EKKJ lädt Sie ein, am **10. November 2015** anlässlich einer **nationalen Konferenz** an den Überlegungen zu den weiteren Schritten teilzunehmen. Die Umfrageergebnisse werden vorgestellt, aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet und in einen grösseren Zusammenhang gestellt. In einer Diskussionsrunde werden Reaktionen zu den Ergebnissen gesammelt und die Herausforderungen identifiziert, die sich für die Kinder- und Jugendpolitik zukünftig ergeben.

Datum: Dienstag, 10. November 2015

Ort: Fabrikhalle 12, 3012 Bern

Programm und Anmeldung: ab Mitte September 2015 auf www.ekkj.ch

Keine Reform des Stimmrechts

Die Forderung nach der Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre stösst bei den befragten Jugendlichen auf wenig Unterstützung. Nur jeder Zehnte möchte bereits mit 16 an der Urne mitreden können. Jede Fünfte findet, mit 17 wäre der richtige Moment. Doch eine deutliche Mehrheit von 59 Prozent steht hinter der geltenden Regelung und hält sowohl 16- als auch 17-Jährige für zu jung zum Wählen und Abstimmen. Zehn Prozent haben keine Meinung.

Auch das Ausländerstimmrecht auf Bundesebene hat einen schweren Stand. Analog zur Gesamtbevölkerung unterstützt eine Minderheit von 29 Prozent der Jugendlichen die Forderung. Eine knappe Mehrheit von 52,5 Prozent lehnt sie ab. Ihr Anteil liegt in der Gesamtbevölkerung mit 56 Prozent leicht höher, dafür haben etwas mehr Jugendliche als Erwachsene keine Haltung zu dieser Forderung.

⁷ Kriesi, Hanspeter und Simone Baglioni, «Putting local associations into their context. Preliminary results from a Swiss study of local associations», in *Swiss Political Science Review* 9, Nr. 1, 2003, S. 1–34

Die regionalen Unterschiede diesbezüglich sind gross. Insbesondere in der Genferseeregion bzw. in den Kantonen, in denen das Stimmrecht für ausländische Staatsangehörige auf kommunaler und oder kantonaler Ebene (Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Waadt) bekannt ist, fällt auch die Zustimmung unter den Jugendlichen deutlich höher aus. Die Deutschschweizer und Tessiner Jugendlichen sind der Forderung gegenüber weniger offen eingestellt.

Grundsätzlich beeinflusst die politische Positionierung einer Person ihre Haltung zum Ausländerstimmrecht. Jugendliche, die sich eher links einstufen, befürworten auch eher ein Ausländerstimmrecht. Es erstaunt nicht, dass auch die Staatszugehörigkeit einen Einfluss auf die Haltung in dieser Frage ausübt. Doppelbürgerinnen und Doppelbürger und Ausländerinnen und Ausländer sind eher der Meinung, dass ausländische Staatsangehörige über ein Stimm- und Wahlrecht verfügen sollten.

Die Schweiz und die Beziehung zu Europa

Am 9. Februar 2014 befürwortete eine knappe Mehrheit von 50,3 Prozent der Stimmbürgerinnen und -bürger

mit der Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung die verfassungsrechtliche Verankerung von Zuwanderungskontingenten. Wie diese auf Gesetzesebene umgesetzt werden soll, ist seither omnipräsenter Bestandteil des politischen Diskurses in der Schweiz. Dementsprechend beurteilen auch die Jugendlichen die Einwanderung als grösstes politisches Problem, gefolgt vom Asylwesen und den Beziehungen der Schweiz zur EU. Wenn die Jugendlichen ganz konkret nach ihrer Einstellung zu den Beziehungen der Schweiz zur EU befragt werden, beurteilen gut 60 Prozent die Personenfreizügigkeit insgesamt positiv. Fast 36 Prozent stimmen hingegen der Aussage zu, die Personenfreizügigkeit mit der EU führe zu einer übermässigen Einwanderung und müsse deshalb aufgehoben werden. Stärker für die Personenfreizügigkeit stehen Jugendliche ein, die eine anspruchsvollere Ausbildung bestreiten und politisch interessiert sind. Städtische Jugendliche, solche mit höher gebildeten Eltern und junge Frauen stimmen der Personenfreizügigkeit ebenfalls eher zu. Tessiner Jugendliche und solche, die sich politisch rechts einstufen, befürworten die Personenfreizügigkeit signifikant seltener. Zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz hinge-

gen gibt es in dieser Frage keine signifikanten Unterschiede. Praktisch umgekehrte Zusammenhänge zeigen sich in der Zustimmung zur Begrenzung der Zuwanderung. Allerdings spielt hier das politische Interesse keine Rolle, dafür ist die Wohnlage relevant: Jugendliche aus Agglomerationsgemeinden sind häufiger für die Kontrolle der Zuwanderung als solche aus ländlichen Regionen.

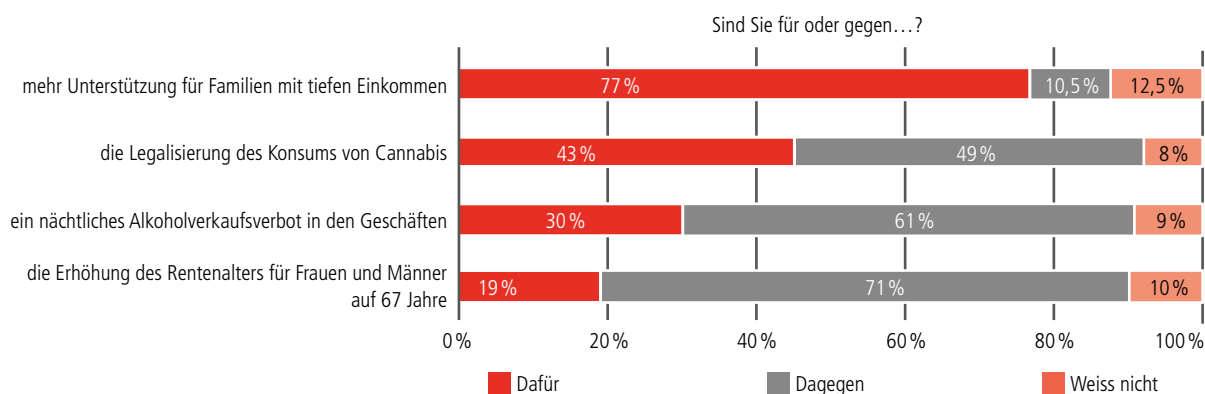
Eine allfällige EU-Mitgliedschaft kommt bei den meisten Jugendlichen schlecht an. Zur Zeit der Befragung hätten sich nur zehn Prozent für einen EU-Beitritt ausgesprochen, während es in der MOSAiCH-Umfrage von 2013 14,3 Prozent der Gesamtbevölkerung waren. Die Zustimmung zu einem EU-Beitritt ist höher bei Befragten mit Migrationshintergrund und hängt zudem von der politischen Positionierung ab. Weder Sprachregion noch Bildungsstand beeinflussen diese Haltung signifikant.

Weitere politischen Positionen

Auf der gängigen Links-Rechts-Skala positionieren sich die 17-Jährigen mehrheitlich in der Mitte und unterscheiden sich somit nicht wesentlich von der Gesamtbevölkerung. Die Einordnung auf der Links-

Haltungen zu Fragen der Regulierung und Sozialpolitik

G2



Quelle: Jugendbefragung EKKJ 2015 (N = 1 990)

Rechts-Skala hängt von den persönlichen Werthaltungen, politischen Überzeugungen und individuellen Erfahrungen ab.

In Bezug auf grundlegende politische Wertedimensionen, wie Marktintervention, Umwelt, Chancengleichheit und Einkommensverteilung positionieren sich die Befragten ähnlich wie die Gesamtbevölkerung. Demgegenüber akzeptieren die Jugendlichen mit einem Anteil von 40 Prozent grössere Einkommensunterschiede deutlich besser als der Rest der Bevölkerung mit 20 Prozent. Diese Haltung impliziert allerdings noch keine sozialstaatskritische Einstellung. So befürwortet eine deutliche Mehrheit von 77 Prozent der Jugendlichen eine stärkere Unterstützung von Familien mit tiefen Einkommen und eine ähnlich hohe Mehrheit lehnt die Erhöhung des Rentenalters von Frauen und Männern auf 67 Jahre ab. Auch stehen die 17-Jährigen staatlicher Regulierung kaum skeptischer gegenüber als ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dies gilt etwa auch bei jugendspezifischen Themen, wie der Cannabis-Legalisierung, welche von knapp 50 Prozent abgelehnt wird (vgl. Grafik G2).

Die Jugendlichen sind klar dafür, dass der öffentliche Verkehr stärker gefördert wird als der private: 86 Prozent wünschen sich eine Schweiz, die vor allem auf den öffentlichen Verkehr (ÖV) setzt. Dies kommt auch in den individuellen Kommentaren zum Schluss der Befragung zum Ausdruck, in denen sich mehrere Jugendliche einen günstigeren ÖV wünschen. Ge-

klagt wird dabei insbesondere über die Kosten für die Fahrt zur (Aus-) Bildungsstätte. Das Thema scheint den Jugendlichen unter den Nägeln zu brennen. Es ist sicher empfehlenswert, hier genauer hinzusehen und abzuklären, wie gross das Problem ist, welche Jugendlichen davon betroffen sind und wie gross der Handlungsbedarf ist.

Fazit: Handlungsbedarf bei der politischen Bildung

Die Jugendlichen positionieren sich politisch nicht deutlich anders als die Gesamtbevölkerung; sei es in der Europafrage, bei der Ausrichtung auf der Links-Rechts-Achse oder den allgemeinen Werthaltungen und Einstellungen. Allerdings fallen die Differenzen zwischen den einzelnen Gruppen Jugendlicher durchwegs wesentlich stärker aus als zwischen Jung und Alt. Zudem ist bei den Jugendlichen der Anteil jener, die sich nicht positionieren und keine Meinung oder Haltung angeben, viel grösser als bei den Erwachsenen. Bei Erreichen der Volljährigkeit ist die politische Sozialisierung der Jugendlichen noch nicht abgeschlossen, ein Befund, der nicht zu unterschätzen ist. Aufgrund ihrer stark ausgebauten direktdemokratischen Instrumente stellt die Schweizer Demokratie hohe Anforderungen an die Bürgerinnen und Bürger. Es ist daher wichtig, die zukünftige Stimmbürgerschaft genügend darauf vorzubereiten. Eine kompetente Stimmabgabe und Wahl erfordert ei-

ne Vertrautheit mit den grundlegenden politischen Konzepten und Werten. Anzustreben ist daher weniger die Herabsetzung des Stimmrechtsalters als vielmehr eine bessere Vorbereitung der Jugendlichen auf die politische Partizipation. Geeignete Instrumente hierzu sind eine stärkere Gewichtung der politischen Bildung sowie die Schaffung von alternativen Anhörungsinstrumenten für Kinder und Jugendliche. Ebenso relevant sind konkrete Massnahmen und Projekte zur Förderung der politischen Kompetenz und Motivation, wie beispielsweise Easyvote.ch des Dachverbands der Schweizer Jugendparlamente, CinéCivic im Kanton Genf oder die Jugendabstimmungen im Kanton Freiburg.

Michelle Beyeler, Dr. rer. soc.,
Privatdozentin für Politikwissenschaft,
Universität Zürich sowie Leiterin des
Arbeitsschwerpunkts Soziale Sicherheit,
Berner Fachhochschule
E-Mail: michelle.beyeler@bfh.ch

Sarah Bütikofer, Dr. phil., wissenschaftliche
Mitarbeiterin und Dozentin, IPZ,
Universität Zürich
E-Mail: sarah.buetikofer@ipz.uzh.ch

Isabelle Stadelmann-Steffen, Dr. rer. soc.,
Professorin für Vergleichende Politik,
Universität Bern
E-Mail: isabelle.stadelmann@ipw.unibe.ch